



Die Ministerin

MGEPA Nordrhein-Westfalen • 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Frau Carina Gödecke MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf



Für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

21. Oktober 2016

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

in der Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales
am 28.09.2016 habe ich einen Bericht zum Stand der Erarbeitung
eines Landespsychiatrieplans NRW angekündigt.

Der schriftliche Bericht ist dem Schreiben angehängt.

Für die Weiterleitung dieses Schreibens an die Mitglieder des
Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales wäre ich Ihnen
dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Steffens

Horionplatz 1
40213 Düsseldorf
www.mgepa.nrw.de

Telefon +49 211 8618-4300
Telefax +49 211 8618-4550
barbara.steffens@mgepa.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahn Linien 706, 708
und 709 bis Haltestelle
Landtag/Kniebrücke

Bericht
des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter
zum Thema „Aktueller Stand Landespsychiatrieplan“
für den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
des Landtags Nordrhein-Westfalen

1. Zielsetzung des Landespsychiatrieplans

Das MGEPA erarbeitet zurzeit auf der Grundlage des § 25 ÖDGD NRW und im Hinblick auf die Novellierung des PsychKGs einen Landespsychiatrieplan.

Durch die Formulierung von Empfehlungen sollen strategische und inhaltliche Eckpunkte einer Landespsychiatriepolitik im Sinne von gelingenden Hilfen im Bereich der Prävention, Behandlung, Pflege und Rehabilitation geschaffen werden. Zudem sollen Entwicklungsprojekte auf Landesebene skizziert werden.

Die planerische Grundlage soll durch eine differenzierte Psychiatrieberichterstattung gelegt werden. Die Berichterstattung wird Aussagen enthalten

- zur Häufigkeit und Auswirkung psychischer Erkrankungen und Wechselwirkung mit Lebenslagen
- zur Inanspruchnahme und Sicherstellung der Hilfen
- zur Selbsthilfe, Partizipation, Teilhabe und Inklusion sowie zur Prävention.

2. Erstellung eines Berichtes in einem beteiligungsorientierten Verfahren

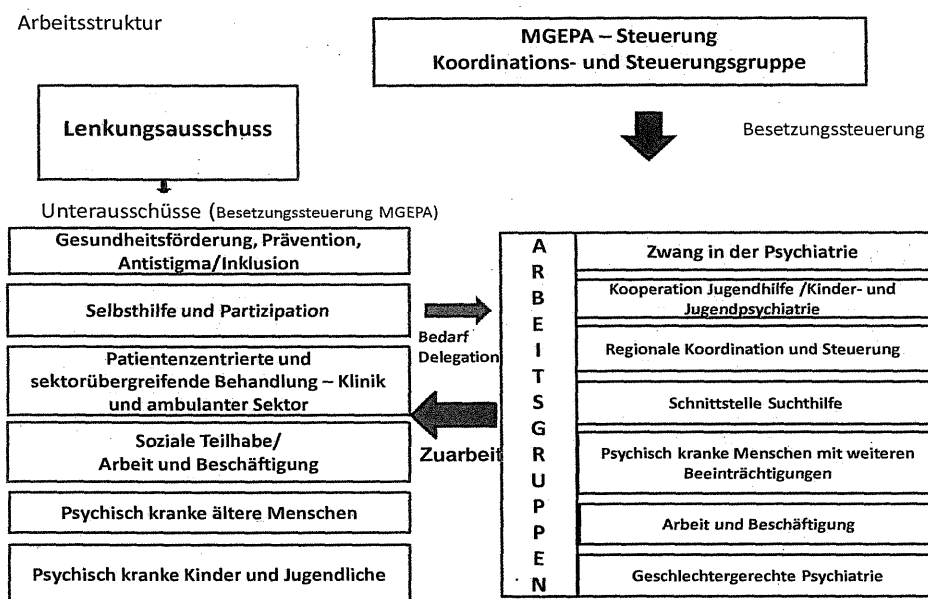
In einer beteiligungsorientierten, partizipativen Phase wurde mit den Betroffenenverbänden, den Leistungsträgern, den Leistungserbringern(-verbänden) und den Fach- und Wohlfahrtsverbänden ein Arbeitspapier bzw. Bericht erstellt, das bzw. der sich aktuell in der Schlussabstimmung befindet. Der Bericht wurde im Konsensverfahren – aber auch mit Kontroversen sowie Dokumentation von Dissens – erstellt.

Die Arbeit an dem Bericht wurde im Mai 2015 begonnen. Auch die anderen in wesentlichen Teilbereichen ebenfalls zuständigen Ressorts (JM, MFKJKS, MAIS) wurden eingebunden. Das Landeszentrum Gesundheit Nordrhein-Westfalen (LZG.NRW) hat sich an der Erarbeitung beteiligt – sowohl durch personelle Ressourcen als auch durch datenbezogene und inhaltliche Mitarbeit.

Datenzulieferungen erfolgten neben dem LZG.NRW durch IT.NRW, die Kassenärztlichen Vereinigungen, die Krankenkassen, das Robert Koch-Institut und die Landschaftsverbände. Zur Ergänzung der vorhandenen Datenlage wurden Teiluntersuchungen zu den Themen Krisenhilfen, regionale Steuerung, Selbsthilfe, Prävention und Zwang in Auftrag gegeben.

2.1. Arbeitsstruktur zum beteiligungsorientierten Verfahren

Als Arbeitsstruktur wurde folgende Gremienstruktur gewählt:



Zwischenzeitlich wurde in den ca. 40 Sitzungen der Unterausschüsse und in ca. 30 weiteren Arbeitsgruppensitzungen in intensiver und konstruktiver Diskussion ein Berichtsentwurf (ca. 250 Seiten) erstellt, der dem Lenkungsausschuss (Zusammensetzung siehe Anlage) zur abschließenden Stellungnahme vorgelegt worden ist. Neben der Präambel enthält der Bericht eine umfassende Bestandsaufnahme sowie von den Beteiligten entwickelte grundsätzliche Anforderungen an die Versorgung, konzeptionelle Ansätze zur Weiterentwicklung und über 100 Handlungsempfehlungen.

2.2. Inhalte des Berichts (in Stichworten)

A Bestandsaufnahme:

➤ Lebenslagen von Menschen mit psychischen Störungen

Darstellung der Lebenslagen, Prävalenz und Inanspruchnahme Behandlung, Exklusionsprozesse: Arbeitslosigkeit, Erwerbsminderungsrente, Wohnsituation, soziale Einbindung, weiterhin bestehende Stigmata

➤ **Versorgungssituation**

Darstellung und Bewertung der Versorgungssituation unterschieden nach Zielgruppen (Kinder/Jugendliche, junge Erwachsene und Erwachsene mittleren Alters, ältere Menschen) sowie nach Behandlungsleistungen, sozialen und beruflichen Teilhabeleistungen einschließlich Kinder- und Jugendhilfe sowie Pflegeleistungen.

B Anforderungen und Empfehlungen

➤ **Förderung von regionaler und überregionaler Selbsthilfe sowie Stärkung Partizipation**

- Selbstverständnis der Selbsthilfe
- Förderstrukturen und Weiterentwicklungsbedarf
- Partizipation in der Angebotsgestaltung und Gremienarbeit

➤ **Patientenorientierte und sektorübergreifende Behandlung, Rehabilitation und Pflege (mit Spezifika Kinder/Jugendliche/ältere Menschen)**

- Orientierung am individuellen Bedarf: Patientenorientierung/Personenzentrierung
- Lebensweltorientierte sektor- und settingübergreifende Behandlung – Klinik und ambulanter Sektor einschließlich Hometreatment, alternativer Behandlungsmodelle, integrierter ambulanter Krisenhilfen
- Standards sowie Leitlinien für die Bedarfsfeststellung/Diagnostik/Planung/Behandlung
- Umsetzung einer personenzentrierten, quartiers- und teilhabeorientierten Pflege nach SGB XI und Verzahnung von Behandlung und Pflege
- Förderung sozialer Teilhabe durch integrierte, personenzentrierte Unterstützung
- Sicherstellung der Teilhabe an Arbeit und Beschäftigung
- Anforderungen an eine geschlechter- und diversitysensible Psychiatrie
- Stärkung der Patienten- bzw. Betroffenenrechte und Angehörigenarbeit in der Behandlung, Rehabilitation und Pflege

➤ **Selbstbestimmung und Zwang in der Psychiatrie**

- Katalog zwangsreduzierender Maßnahmen
- Thesen zur Umsetzung offene Psychiatrie

➤ **Spezifische Problemlagen im Fokus**

- Weitere Beeinträchtigungen (insbesondere Intelligenzminderung)

- Suchtprobleme und psychische Störung – Kooperation Suchthilfe und Psychiatrie
- **Sicherstellung der Finanzierung/Qualität der Hilfen, regionale Steuerung optimieren**
 - Aktuelle Steuerungsansätze im Vergleich
 - Kooperation und Verantwortung durch Verbundstrukturen
- **Bedarfsermittlung und integrierte Planung psychiatrischer Hilfen im Dialog**
 - Anforderungen und zukünftige Umsetzung Bundesteilhabegesetz in Bezug auf Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen
- **Inklusion und Anti-Stigma als Handlungsfelder**
 - Darstellung von Exklusionsprozessen und Gegenstrategien
 - Inklusionsorientierung als Handlungsmaxime
- **Psychische Gesundheit fördern – Prävention stärken**
 - Konzeptionelle Ansätze in der Förderung der seelischen Gesundheit
 - Individuelle und settingorientierte Verhaltens- und Verhältnisprävention

3. Weiteres Vorgehen

Auf der Grundlage des Berichtes wird das MGEPA in enger Abstimmung mit den anderen beteiligten Ressorts den Landespsychiatrieplan bis Mitte Januar 2017 erarbeiten. Die Berichterstattung zum Maßregelvollzug soll Bestandteil des Landespsychiatrieplans sein. Die Erstellung erfolgt jedoch in einem eigenen Verfahren. Gleiches gilt für die Thematik Migration und Geflüchtete. Dem Lenkungsausschuss wird im Anschluss Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Danach erfolgt die abschließende Erstellung. Die Vorlage im Gesundheitsausschuss (AGS) ist für März 2017 vorgesehen. Der Bericht aus der beteiligungsorientierten Phase soll anschließend zusammen mit dem Psychiatrieplan im Internet veröffentlicht werden.

Anlage 1

Lenkungsausschuss

Arbeitskreis der ChefärztInnen der Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie an Allgemeinkrankenhäusern
AG Rheinische Sucht- und Psychiatriekoordinatoren
AG Sozialpsychiatrische Dienste
AG Westfälische Sucht- und Psychiatriekoordinatoren
Aktion Psychisch Kranke
Alzheimer-Gesellschaft NRW
AOK Rheinland
Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrische Träger Rheinland
Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrische Träger WL
Ärztekammer Nordrhein
Ärztekammer Westfalen-Lippe
Berufsverband für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie in Deutschland e.V.
BKK Nord-West
Bundesdirektorenkonferenz
Bundesfachvereinigung Leitender Krankenpflegepersonen der Psychiatrie e.V.
Bundesverband Ambulante Psychiatrische Pflege
Bundesverband Angehöriger Psychisch Kranker
Bundesverband Psychiatrie-Erfahrene
BVDN/BVDP NRW
Caritasverband Essen
Deutsche DepressionsLiga
Deutsche Gesellschaft für bipolare Störung / Selbsthilfe
Deutsche Gesellschaft für Kinder- und Jugendpsychiatrie
Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie, Psychosomatik, Psychotherapie und Nervenheilkunde
Deutsche Gesellschaft für Psychosomatische Medizin
Deutsche Gesellschaft Psychiatrische Pflege
Deutsche Gesellschaft für Gerontopsychiatrie und -psychotherapie e.V.
Fachausschuss Freie Wohlfahrtspflege
Fachausschuss Selbsthilfe Drogen und Sucht
IKK classic
Kassenärztliche Vereinigung Nordrhein
Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe
Knappschaft Bahn See
Krankenhausgesellschaft NRW
LAG Selbsthilfe NRW e.V.
Landesarbeitsgemeinschaft Ärzte im öffentlichen Gesundheitsdienst
Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen NRW
Landesverband leitender Ärztinnen und Ärzte für Psychiatrie und Psychotherapie in NRW e.V.
Landesverband NRW Angehörige Psychisch Kranker e.V.
Landesverband Psychiatrie-Erfahrene

Landkreistag NRW

Landschaftsverband Rheinland

Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales

Patientenbeauftragter NRW

Psychiatrie-Erfahrene Besuchskommission

Psychotherapeutenkammer NRW

Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie

Sozialverband Deutschland

Städtetag NRW

Verband der Privatkliniken NRW e.V.

Verband deutscher Ersatzkrankenkassen

Verband Ev. Krankenhäuser RWL
